

Terroranschlagplan auf das Volksstimmefest

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten verurteilt das Verschweigen der Terroranschlagspläne des Rechtsradikalen Rudolf Prinesdomu auf das Wiener Volksstimmefest 2021 durch das Innenministerium. Sie fordert die lückenlose Aufklärung des Falles und die Überprüfung der Einzeltätertheorie.

Begründung

Jedes Jahr besuchen (auch) viele MargaretnrInnen das traditionelle „Volksstimmefest“ auf der Jesuitenwiese im Prater.

Nicht auszudenken, hätte der rechtsextreme Österreicher Rudolf Prinedomu seinen geplanten Terroranschlag 2021 durchführen können. Er wurde verhindert.

Die Veranstalter wurden darüber allerdings nicht informiert. Sie erfuhren erst aus dem im Mai 2023 präsentierten Verfassungsschutzbericht 2022 davon.

Dieser Skandal ist für Margareten von besonderer Bedeutung, da die Querverbindungen zu den im Bezirk ansässigen „Identitären“ ebenso nachgewiesen werden konnten wie die zur FPÖ, für die er im Burgenland 2007 bei der Gemeinderatswahl antrat, zur rechtsradikalen Nationalen Volkspartei, deren Kassier er war und zu ehemaligen Südtirol-Terroristen.

Erinnerlich ist den MargaretnrInnen der Anschlag auf das Shoa Denkmal in der Siebenbrunnengasse, der bisher nicht aufgeklärt wurde.

Laut Verfassungsschutz handelt es sich bei dem Mann um einen „**radikalisierten Einzeltäter**“.

Der Mann wurde 2021 (Juli?) nach einer Razzia verhaftet.

Bei dieser wurden zahlreiche Waffen, Sprengmittel, detaillierte Anleitungen zum Bomben- und Waffenbau, ein Video mit erfolgreichen Sprengübungen mit selbstgebaute Sprengkörpern, NS-Devotionalien, eine „Freundes- und Feindesliste“, Listen mit politisch links gerichteten Organisationen als potenzielle Ziele sowie diverse Demo- und Werbeutensilien der Identitären gefunden.

Er ist langjähriger Anhänger der rechtsextremen „Identitären Bewegung Österreich“. Durch die Ermittlungen wurden zahlreiche Kontakte zu deren Mitgliedern festgestellt. Auch in ihren Chatgruppen (WhatsApp und Telegram) war der Verdächtige sehr aktiv.

Zitat Verfassungsschutzbericht: „Aufgrund der Auffindung des im Haus vorgefundenen Lehr-/Handbuchs für Aktivisten, Extremisten und Terroristen des rechten Spektrums sowie der im Zuge der Hausdurchsuchung aufgefundenen Waffen und waffenähnlichen Gegenstände wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass der Verdächtige alle Mittel zur Umsetzung eines rechtsextrem motivierten Anschlags hatte, sich gedanklich auch damit auseinandersetzte und lediglich durch die rechtzeitig erfolgte Festnahme an der Umsetzung des Vorhabens behindert wurde.“

Verurteilung

Das LG Eisenstadt verurteilte ihn am 31. März 2022 wegen Verstoßes gegen die § 3g Verbotsgesetz (Wiederbetätigung im nationalistischen Sinn), § 283 StGB (Verhetzung), § 50 Waffengesetz (Unbefugter Besitz von Waffen der Kategorie B) und § 28a Abs. 1 Suchtmittelgesetz (Suchtgifthandel) zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten.

Nach der Verurteilung legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung ein, da der von ihr angeregten Einstufung der besonderen Gefährlichkeit nicht gefolgt wurde. Das Oberlandesgericht Wien stellte nach neuerlicher Verhandlung mit Urteil vom 20. Oktober 2022 fest, dass beim Beschuldigten eine besondere Gefährlichkeit vorliegt und erhöhte die Verurteilung/Strafe auf fünf Jahre unbedingte Freiheitsstrafe.



Für LINKS-
KPÖ
Margareten



BR DI Wolf-Goetz Jurjans
Klubvorsitzender

BRin Claudia Krieglsteiner